

Bezugspreis:
Hilfsblätter 150.— M., monatlich 50.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Be-
zug: Monatlich 50.— M., ein-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-
gebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg
54.— M., für das übrige Ausland
102.— M. Postbestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Lettland, Litauen, Polen, Rumänien,
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Klimmelt“ und der
Beilage „Erziehung und Reingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Kopierleistung
kostet 18.— M. — Reklamezettel 80.— M.
„Kleinanzeigen“ des festgedruckten
Wort 4.— M. (zulässig zwei festge-
druckte Worte), jedes weitere Wort
3.— M. Stellenangebote und Schlei-
stellenanzeigen das erste Wort 2,50 M.,
jedes weitere Wort 2.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten Seite 8.— M.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Morikplatz 15195-97
Expedition Morikplatz 11753-54

Mittwoch, den 14. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morikplatz 11753-54

Hohenzollern und Steuern.

Eine unklare Auskunft des Reichsfinanzministeriums.

Die Genossen Krüger (Merseburg) und Brunner fragten im Reichstage die Reichsregierung, ob die Pressemel-
dungen zutreffen, daß die Hohenzollern in den letzten drei Jah-
ren keine Steuern gezahlt hätten. Ein Vertreter des Reichs-
finanzministeriums antwortete gestern:

„Es ist nicht richtig, daß die Angehörigen des Hauses
Hohenzollern bis zum heutigen Tage keine Reichsteuern gezahlt
haben, und es ist auch nicht richtig, daß die Steuerbehörden
den Angehörigen des Hauses Hohenzollern fällige Reichsteuern ge-
stundet haben.“

Im Hinblick darauf, daß das Vermögen der Familie Hohen-
zollern beschlagnahmt ist und daß die Auseinandersetzung zwischen
dem Land Preußen und dem Hause Hohenzollern bis jetzt noch nicht
endgültig erfolgen konnte, hat allerdings eine endgültige Ver-
anlagung zu den Reichsteuern für alle Mitglieder des Hauses
Hohenzollern bisher nicht stattfinden können. Auf Grund der Vor-
schrift des § 82 der Reichsabgabenordnung, nach welcher die Steuer
vorläufig festgesetzt werden kann, wenn ungewiß ist, ob oder inwie-
weit die Voraussetzungen für die Entstehung der Steuer Schuld ein-
getreten sind, haben dagegen die Finanzämter die Angehörigen des
Hauses Hohenzollern vorläufig zu den Reichsteuern veranlagt,
soweit die erforderlichen Unterlagen für eine endgültige Veranlagung
nicht zur Verfügung gestanden haben. Die vorläufig veranlagten Beträge
sind, soweit sie fällig waren, im wesentlichen eingezahlt.

Bei einem Angehörigen des Hauses Hohenzollern, hinsichtlich
dessen Schwierigkeiten wegen der Beschlagnahme und Sicherstellung
entstanden sind, ist Arrest in das bewegliche und unbewegliche Vermögen
angeordnet worden.

Die Veranlagung der Mitglieder des Hauses Hohenzollern zu
den Reichsteuern wird von mir überwacht. Im übrigen sind diese
wie jeder andere Steuerpflichtige nach Maßgabe der
geltenden Steuergesetze zu behandeln.“

Als vor einigen Monaten der „Vorwärts“ an der Hand
von Dokumenten nachwies, daß die doch eigentlich immer noch
unter Zwangsverwaltung des preussischen Finanzministeriums
stehende sogenannte Kronverwalterung aus den Einnahmen der
Hohenzollernschen Güter ungenügend riesenhafte Beträge ver-
zauhere, da wurde mit allem Eifer beschwichtigt. Es wurde
„nachgewiesen“, daß die Abbuchungen, die einen Betrag von
10 Millionen Mark aus einem Reingewinn von 25 Millionen
ausmachten, nichts anderes seien, als eine ganz harmlose An-
gelegenheit, die im § 59a der Novelle zum Reichseinkommen-
steuergesetz ihre Begründung finde. Das stimmte zwar des-
wegen nicht, weil die Hohenzollernsche Hofkammer wie immer
so auch damals in den Betriebsausgaben ihrer einzelnen Ad-
ministrationsstellen Summen zur Nachholung der in der
Kriegszeit unterbliebenen Bauten und zur Wiederauffüllung
des toten und lebenden Inventars vorgesehen hatte, aber es
klang doch wenigstens wie der Versuch einer Rechtfertigung.
Die zehn Millionen waren zudem langfristig angelegt.
Raube Leute konnten ja annehmen, daß es sich hier um eine
Steuerreserve handele, die lebendig werde, sobald end-
lich einmal die Hohenzollern in die Verlegenheit kämen,
Steuern zahlen zu müssen.

Der Zehnmillionenfonds, der erst vor wenigen Monaten
von der Hohenzollernschen Hofkammer gebildet wurde, besteht
nicht mehr!

Wir sind heute in der Lage, nachzuweisen, daß wir mit
unserer Behauptung, es handele sich bei jenen Abbuchungen
um nichts anderes als um eine — Steuerflucht der
Hohenzollern, recht hatten.

Vor einigen Wochen ging das folgende Schreiben aus
der Hofkammerrente:

Hofkammerrente.
Beitr. Bildung eines Reservefonds aus
den Uberschüssen des Jahres 1920.

Charlottenburg, den 27. Mai 1922.

Die Hauptverwaltungsrechnung für das Jahr 1920 schließt mit
einem Uberschuß von 28 156 367,03 M. ab.
Nach der Verfügung vom 25. Mai 1921 Nr. 3575 sollen hier-
von zur Bildung eines Reservefonds 10 Millionen Mark zur Ver-
fügung werden, so daß ein Uberschuß von 18 156 367,03 M. ver-
bleibt, welche Summe an die Verwaltung des vormals königlichen
Haushaushaltes abgeführt worden ist.

Wir bitten um Verfügung zur Hauptverwaltungsrechnung für
1920 wegen der Zurückbehaltung der 10 Millionen von den Ueber-
schüssen d. J. zu den Rechnungen für 1921 wegen der Verwendung
bezüglich Soll-Stellung dieser Summe.

Die Antwort auf dieses freundliche Schreiben blieb nicht
lange aus. Es wurde über die zehn Millionen von der Hof-
kammer der Hohenzollern wie folgt verfügt:

An die Hofkammerrente.
Charlottenburg, den 6. Juni.

Auf Grund der mit abschriftlich vorsehendem Erlaß erteilten
Genehmigung wird die Hofkammerrente angewiesen, von dem am
Schluß des Jahres 1922 bei der Hauptverwaltung sich ergebenden
Uberschüssen den Betrag von 10 Millionen Mark einzubehal-
ten und hiermit Beleg als Bestand des Jahres 1920 nachzuweisen.

Von dem vorsehendem Betrage werden im Jahre 1921 a) zu
Erfolghauten bei der Kammerverwaltung 4 Millionen Mark, b) zur
Aufbesserung der Substanz und des lebenden und toten Inventars
bei den Administrationsstellen ebenfalls bei der Kammerverwaltung zwei
Millionen Mark, c) zu Erfolghauten bei der Forstverwaltung vier
Millionen Mark nachgewiesen.

Die Einnahme aus den Hohenzollernschen Gütern hat im
Jahre 1920 überdies nicht, wie die Hofkammer selbst ange-
nommen hat, nur 25 Millionen Mark, sondern, wie das
Schreiben vom 27. Mai zeigt, über 28 Millionen Mark
betragen. Für 1921 wird mit einem Reingewinn von
rund 60 Millionen Mark gerechnet. Und 1922 wird
man, wenn die Reingewinne so weiterlaufen wie bisher, noch
ganz andere Summen erzielen. Würden doch kürzlich bei
einer Holzversteigerung, die die Hofkammer selbst sehr hoch
mit etwa einer Million Mark auskalkuliert hatte, in
Wirklichkeit dann 7 Millionen Mark verdient. Für
Steuern ist kein Pfennig bereitgestellt worden.

Wie reimen sich diese Tatsachen mit den Erklärungen des
Reichsfinanzministeriums zusammen? Die Sache ist ganz ein-
fach: Der Vertreter des Herrn Reichsfinanzministers meint,
wir hätten von der Nichtversteuerung des persönlichen
Privatvermögens der Hohenzollern gesprochen. Wir haben
aber immer, wie auch wieder aus den obigen Feststellungen
hervorgeht, vom Familienvermögen der Hohenzollern
gesprochen. (Das will nicht besagen, daß die Besteuerung des
Privatvermögens der Hohenzollern restlos „in Ordnung“ ist.)
Diese heute in die Milliarden gehenden Werte an Grund und
Boden, Ländereien, Waldungen, Seen und Schlössern, Palais
und Bohnenhäuser, der hochstehende Wertpapierbesitz des Haus-
haushalts, die Einnahmen der Hofkammer, die nach Holland ab-
gestoßenen Riesensummen, die nach dort verbrachten Silber-
sachen, echten Teppiche usw., der Erlös aus verkauften Dächten,
auf dies alles ist bis heute noch kein Pfennig an Steuer-
ern gezahlt worden! Man hat im Gegenteil zugelassen, wie
oben unter Beweis gestellt ist, daß allein die Hohen-
zollernsche Hofkammer ihren steuerbaren Reingewinn aus 1920
um 40 Proz. künstlich verringert hat.

Wir werden das Reichsfinanzministerium, wenn es weiter
das Bedürfnis hat, über die Steuerleistung der Hohenzollern
gänzlich unzureichende Auskünfte zu geben, gern durch Fort-
setzung unserer Veröffentlichungen über die Unzulänglichkeit
seiner Aufsicht aufklären.

Wilhelm von Doorn bekommt für seine nach Amerika ver-
hölkerten Erinnerungen 250 000 Dollar Honorar. Das sind etwa
achtzig Millionen Mark. Die Behauptungen, Wilhelm wolle dies
Geld zur einen Hälfte den Kriegstrüppeln schenken, zur anderen für
rückständige Steuern verwenden, sind selbstverständlich völlig aus der
Luft gegriffen.

Lauter unpolitische Militärfeiern!

Aus Steinheim i. B. wird uns geschrieben: Vergangenen
Sonntag feierte der — angeblich unpolitische — Kriegerverein
Holzhäuser (Kreis Höxter) sein Fest. Der Gutsbesitzer, frühere
Rittmeister von der Berg, nahm in voller Felduniform die Parade
ab und hielt eine Ansprache, bei der er auf die Revolution schimpfte
und dann den defizienten „allerobersten Kriegsherrn“ hochleben
lassen wollte. Das war selbst den anwesenden Bauern zu viel,
von denen ein großer Teil den Platz verließ.

Hier besteht ferner eine Gruppe des „Jungdeutschen Ordens“, der
auch Zentrumsmitglieder angehören, ja, einer der Hauptagitatoren
ist der Vorsitzende der hiesigen Zentrumspartei. Der Jungdeutsche
Orden behauptet, daß er „auf dem Boden der Verfassung“ stehe und
die Republik schützen werde.“ Neulich aber zog die „Schar“ Stein-
heim nach einem Feste durch die Straßen, wobei sie das Lied der
Brigade Ehrhardt sang („Hakenkreuz vorm Stahlhelm“ usw.).
Ob den anwesenden Zentrumsteuten nicht etwas die Schamröte ins
Gesicht gestiegen ist, als sie das Lied der Rörder Erz-
bergers und der Leute, die den Kapp-Putsch gemacht haben,
mühsam mifingen? Jedenfalls sieht man, wie der „Schuh der
Republik“ aussieht!

Däumigs Schlaganfall. Der Unfall Däumigs in der gestrigen
Reichstagsitzung hat sich als linksseitiger Schlaganfall heraus-
gestellt. Däumig ist linksseitig gelähmt. Sein Befinden hat sich
gebessert. Er hat den Gebrauch der Sprache wiedererlangt.

Regierung ohne Programm.

G. P. Wien, Mitte Juni.

Nun hat Oesterreich schon eine Woche die neue christ-
liche, christlichste Regierung, die Regierung, die, wie ihr
Chef in seiner Antrittsrede besonders betonten zu müssen
glaubte, von Gott auf ihren Platz geführt
wurde — aber von Gottes Segen, den man darum für Oester-
reich erwarten zu können glaubte, ist noch immer nichts zu
merken. Im Gegenteil: die Krone stürzt mit immer größerer
Geschwindigkeit dem Abgrund zu und die Regierung sieht
ratlos und programmlos zu — oder vielmehr sie sucht die
entfesselten Elemente durch Beschränkungen zu beruhigen,
indem sie der Börse zuruft, daß kein Anlaß zur Beunruhigung
sei, da die Regierung keine übereilten Maßnahmen treffen
werde, und indem sie der übrigen Welt versichert, daß sie
über ein Programm nachdenke. . . .

Daß die christlichsoziale Regierung kein Programm zur
„Rettung“ Oesterreichs hat, muß eigentlich einermassen
wundernehmen; denn bei den Oktoberwahlen des Jahres 1920
gebärdeten sich die Christlichsozialen so, als ob sie im Besitze
des Allheilmittels wären und daß es genüge, wenn die Wähler
ihnen zur Regierung verhelfen und alle Not des Staates und
jedes Staatsbürgers wäre vorbei. Wie der damalige christ-
lichsoziale Parteivorsitzende den Wählern das berühmte
Sechskronenmehl (das Kilo Mehl 6 Kronen!) ver-
sprach, so versprach der nachmalige Parteivorsitzende und
nunmehrige Bundeskanzler Dr. Seipel die Stabili-
sierung der Währung. Statt dessen ist in der christ-
lichsozialen Ära, die auf den Oktobersieg folgte, die Krone
von 2,15 Centimes auf 0,035 Centimes, also auf ein Sieb-
zigstel ihres Wertes gefallen.

Daß es so kommen würde, haben die Christlichsozialen
selbst vorausgesehen und deshalb haben sie anderthalb Jahre
lang gezögert, ihre Führer in die Regierung zu entsenden.
Sowohl Weiskirchner als Seipel hielten sich schon bescheiden
im Hintergrund und überließen die Ehre des Regierens zuerst
einem Provinzpolitiker, dem Professor Mayr aus Innsbruck,
und dann nach dessen Scheitern dem Wiener Polizeipräsidenten
Schöber und seiner Beamtenregierung, und erst als auch diese
abwirtschaftete, entschloß sich Herr Seipel, da eben kein an-
derer Ausweg blieb, um die störrischen und nach Minister-
portefeuilles lüsterne Großdeutschen — und auch die Streber
in den eigenen Reihen zu befriedigen, an die Spitze der Re-
gierung zu treten.

Diese Regierung ist nun die schwärzeste, die Oesterreich,
selbst wenn man das alte Oesterreich mitrechnet, je gehabt hat.
Vor allem Herr Dr. Seipel selbst, der Prälat der katholischen
Kirche, Theologieprofessor und päpstlicher Protonotarius. So
sehr er in der Schule Roms die Künste der Diplomatie
erlernt hat, die ihn die wirklichen Machtverhältnisse nicht
überschätzen lassen, so ist er doch der ausgesprochene Klerikal-
reaktionär geblieben, dessen Sinnen nur darauf
hinausläuft, die Macht der katholischen Kirche zu erhöhen und
auch die alten Mächte, die Beschützer der katholischen Kirche
wieder einzusetzen. Er selbst hat in seiner ersten Rede als
Bundeskanzler daran erinnert, daß er der letzten kaiserlichen
Regierung angehörte, die im letzten Augenblick eingeseht
wurde, um die Habsburgermonarchie zu retten, sei es auch um
den Preis des Verrates an Deutschland. Wenn
Herr Seipel sich mit dem Namen des Professors Lammasch
decken möchte, so vergißt er, daß Lammasch jahrelang für den
Frieden gekämpft hat und daß man ihm deshalb jubillieren
muß, daß es sich bei seiner Regierung vornehmlich um einen
raschen Frieden handelte, während Herr Dr. Seipel nur die
Habsburger retten wollte und daß ihm das Schicksal
Deutschlands weit hinter dem der Habsburger stand. Aber
Herr Seipel machte auch in dem Augenblick, da er die Regie-
rung antrat, kein Hehl aus seiner monarchistischen Gesinnung,
wenn er auch meint, daß das Volk jetzt andere Sorge hat, als
an eine Veränderung der Staatsform zu denken, so daß er
also „auf dem Boden“ dieser staatsrechtlichen Verhältnisse
wirken will. Noch deutlicher gab er seinen Klerikalismus
kund, indem er als einzige Bedingung für die Uebernahme
der Regierung die Uebertragung des Unterrichtsressorts an
einen Klerikalen aufstellte.

Ist es schon verwunderlich genug, daß die Großdeu-
schen einen Mann von der Vergangenheit Seipels als
Bundeskanzler akzeptierten, so ist es noch merkwürdiger, daß sie
auf diese Bedingung eingingen. Selbst in der Monarchie hat
man als Unterrichtsminister nie einen ausgesprochenen Klerikal-
en genommen, wenn man die Klerikalisierung der Schule
auch noch so eifrig betrieb. Aber man legte Wert darauf, nach
außen den Schein der Modernität zu wahren und begnügte
sich deshalb mit „gemäßigt liberalen“ Unterrichtsministern und
auch der letzte Verwalter des Unterrichtsressorts, der Bize-
nzler Breisky, der nichts ohne die Zustimmung Seipels
tat, war wohl innerlich ein Christlichsozialer, aber nach außen
hatte er sich nie im Dienste der Partei betätigt. Es war der
Regierung, in der drei Großdeutsche sphen, vorbehalten, auch
einen ausgesprochen klerikalen Unterrichtsminister zu haben.
Noch sonderbarer muß es für einen Nichteingeweihten erschei-
nen, daß ein so offenkundig reaktionäres Ministerium solche

Begeisterung bei der bürgerlichen Presse, die sich sonst als liberal und fortschrittlich bezeichnet, hervorrufen konnte. Die Erklärung ist sehr einfach: Die Zeiten sind schon lange vorbei, wo das österreichische Bürgertum sich den Zug einer eigenen Lieberzeugung gestattete, wo es in seinem eigenen Klasseninteresse gegen die Reaktion, gegen den Klerikalismus, gegen die Bevormundung der Staatsbürger und namentlich für eine freie Schule kämpfte. Heute sieht das Bürgertum nicht mehr im Klerikalismus seinen Feind, sondern im Proletariat, und es ist bereit, sich unter die Fittiche der Kirche zu begeben, wenn es dort Schutz gegen das begehrliche Proletariat findet.

Ledebour gegen Kautsky.

Gegen Kautsky und für den gesonderten Fortbestand der U.S.P. meldet sich jetzt Georg Ledebour in der „Freiheit“ zum Wort. Kautsky, so erklärt er, habe die revolutionäre Entwicklung nur „als passiver Zuschauer“ verfolgt, er habe bei allen Machtkämpfen in der Revolutionsperiode „abseits gestanden“. Daraus sei auch seine jegliche Stellungnahme zu verstehen. Ledebour selbst ist bekanntlich auf die Art seiner eigenen Beteiligung an jenen Vorgängen nicht wenig stolz. Schreibt er doch in seiner Selbstbiographie (Reichstagsbandbuch 1920) das folgende:

Ledebour, Georg, ... lehnte den Eintritt in das republikanische Kabinett der Volksbeauftragten ab, dessen parlamentarische Zusammensetzung seiner Auffassung nach in allen entscheidenden Fragen zu fruchtlosen Beschlüssen führen mußte. Beteiligt an der Erhebung im Januar 1919 zur Durchführung des Sozialismus.

Kautsky hat allerdings ebensowenig wie irgendein anderer ruhig überlegender Mensch den sinnlosen Januarputsch für „eine Bewegung zur Durchführung des Sozialismus“ halten können, und so ist in der Tat der Gegensatz zwischen ihm und Ledebour alt.

Ledebour stellt jetzt freilich eine ganz andere Theorie auf als vor drei Jahren. Er meint, man müsse allerdings mit legalen Mitteln kämpfen, wenn aber die herrschenden Klassen den nahenden Erfolg dieses Kampfes sähen, würden sie zur Gewalt übergehen, worauf mit Gewalt geantwortet werden müsse. Was Ledebour damit ausspricht, ist eine Selbstverständlichkeit, über die es keinen Streit gibt, oder meint er, die Sozialdemokratie wolle einer Minderheit gestatten, sich mit Gewalt in der Macht zu behaupten? Gerade sein Argument spricht für die Einigung, da eine einheitlich organisierte Arbeiterbewegung, die auf legalen Boden steht, eine ganz andere Macht ist, als eine in sich zersplitterte Gesellschaft. — Im übrigen meint Ledebour:

Erfreulich ist die Offenheit, mit der Kautsky seine Anklagen gegen uns herauschleudert. Er unterscheidet sich dadurch angenehm von einigen Gleichgesinnten, die seit geraumer Zeit unter der Hand sich bemüht haben, die Unabhängige Partei in das rechtssozialistische Lager hinüberzuleiten.

Diesem Lob können wir von der anderen Seite her zustimmen. Auch wir sind der Meinung, daß der Kampf gegen jene Wirkkräfte, die die Zersplitterung der Arbeiterbewegung zur Freude der Reaktion verewigen wollen, mit aller Offenheit geführt werden muß.

Wortbruch der 3. Internationale?

Zur Vorgeschichte des Radeffchen Versprechens.

Anlässlich der in unserer Mittwoch-Morgenausgabe wiedergegebenen Kundgebung der russischen Sozialisten können wir aus eigener Kenntnis der Dinge nur bestätigen, daß Radek in der entscheidenden Sitzung der Neumerkommission am 5. April mittags gegenüber den Forderungen der Vertreter der Zweiten Internationale die Zusage gab, daß Todesurteile gegen die angeklagten Sozialrevolutionäre nicht gefällt werden würden. Und zwar spielten sich die Dinge im einzelnen folgendermaßen ab: Als Radek unter Zustimmung von Frossard und Klara Zetkin diese Erklärung abgegeben hatte, wurde folgender Satz für die gemeinsame Kundgebung der drei Exekutiven vereinbart:

Der Papierene.

Von B. Haupt.

Als sein Vater atemlos vor dem Stabesbeamten erschien und ihm, etwas ratlos, ob er weinen oder lachen sollte, mitteilte: mit ihm ein Sohn geboren, schob der die Brille von der Nasenspitze hoch und meinte bedächtig:

„Das müssen wir schriftlich machen —“ Und schrieb.

Das war gewissermaßen das Symbol, der Wahrspruch, unter dem das Sohnes Lebenslauf stand.

Im vierten und fünften Lebensjahre sah er schon still bei seiner gebildeten Mama und lernte i und n und e schreiben.

Als er mit Altersgenossen im achten Lebensjahre Indianerspiele, verlangte er als erstes, daß so ein Indianerstamm auch seine Befehle habe, und malte fünf Wigrammographen auf. Die wurden aber von den schlümmen anderen Buben andauernd überkritet. Da weinte er bitterlich, ging heim hinter Mutters Schürze und übte sich weiter im Schönschreiben.

Seine Schulaufträge bekamen dafür auch immer: Inhalt noch genügend, Schrift sehr gut. Geschichtszahlen wußte er aus dem H, die Schulordnung kannte er auswendig. Kein Wunder, daß ihn der alte Direktor eine große Karriere prophezeite.

So kam es auch. Als ihn sein Vater zur Universität schickte, hatte er den saubersten und ordentlichsten Lebenslauf geschrieben; nach den ersten drei Semestern kannte er das halbe Corpus juris auswendig. Und als Referendar und Assessor war er der gesuchteste Protokollschreiber. Da wiesagten ihm wiederum alle Vorgesetzten eine große Karriere, rieten ihm, zum Verwaltungsfach überzugehen.

Das war sein Fall. Er machte einfach alles, von Versetzungen über Viehreiben auf den Straßen, von solchen über Spalterbildungen bei hohen Besuchern, von Bureauordnungen bis zu Ausführungsbestimmungen in 90 Paragraphen über die Wästen und Rechte der städtischen Nachtwächter. Als der Krieg kam, war er selbstverständlich unabhkömmlich, denn wer konnte denn die Versorgung der Bevölkerung mit Fliegentütentein so regeln, anordnen und überwachen als er?

So wurde er Geheimrat. Mußte es werden, denn niemand kam ihm gleich, wenn es galt, Akten zu wälzen, Gesetzesverfügungen Karls des Großen aufzustöbern und ihre Gültigkeit nachzuweisen, Unterparagrafen zu Ausführungsbestimmungen von Regierungsverordnungen auf Grund des Paragraphen XV zu erfassen.

Plötzlich überraschte er Verwandte und Bekannte mit der Nachricht, daß er sich verlobt hätte. Man staunte, gegen wen und wie. Ein Freund staunte: „Menschenskind, wie haben Sie das gemacht?“ Sanft antwortete er: „Na, natürlich schriftlich...“

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Vertreter der Kommunistischen Internationale, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre alle von diesen gewünschten Verteidiger zugelassen werden, daß in diesem Prozeß die Verhängung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird, daß, da die Verhandlungen dieses Prozesses öffentlich sind, folglich auch Vertreter aller drei Exekutiven als Zuhörer bewohnen können usw.

Während der Mittagspause referierten Radek, Zetkin und Frossard den übrigen anwesenden Mitgliedern des Kommunistischen Exekutivkomitees über die zustande gekommenen Vereinbarungen. Diese interne Beratung der Moskauer scheint recht stürmisch gewesen zu sein, denn sie dauerte mehrere Stunden, und als die drei wieder erschienen, da befanden sie sich in Begleitung von Bukharin, um dessen Zulassung an den weiteren Besprechungen des Neumerkomitees sie ersuchten. (Was ihnen auch gewährt wurde.) Radek versuchte daraufhin den Eindruck des gemachten Zugeständnisses bezüglich der Ausschließung von Todesurteilen dadurch abzuschwächen, daß er erklärte, die Sowjetregierung hätte bereits längst einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Um diese Behauptung zu stützen, berief er sich auf ein Telegramm des französischen Mitgliedes der Moskauer Exekutive Boris Souvarine an die „Humanité“, das zwei Tage vorher im Pariser Kommunistenorgan erschienen war und in dem die Verhängung von Todesurteilen als ausgeschlossen bezeichnet wurde. Daraufhin wurde der betreffende Satz folgendermaßen ergänzt und endgültig festgelegt:

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Vertreter der Kommunistischen Internationale, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre alle von diesen gewünschten Verteidiger zugelassen werden, daß, wie in der Sowjetpresse bereits vor der Konferenz festgestellt wurde, in diesem Prozeß die Verhängung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird usw.

Wie man sieht, wurden in die endgültige Fassung der gemeinsamen Erklärung die Worte: „wie in der Sowjetpresse bereits vor der Konferenz festgestellt wurde“ auf ausdrückliches Ersuchen der kommunistischen Delegierten hineingenommen.

Radek hatte sogar versucht, das Wort „bereits lange vor der Konferenz“ durchzubrüden, mußte jedoch darauf verzichten, denn er wurde von der 2. Internationale darauf aufmerksam gemacht, daß dies eine starke Übertreibung wäre: Radek selbst hatte ja wenige Stunden vorher von diesem Telegramm Souvarines und von dem darin angeführten Beschluß der Sowjetregierung nichts gewußt, und die betreffende Nummer der „Humanité“, deren er sich bediente, um den Eindruck der bereits gemachten Zugeständnisse nach außen hin nachträglich abzuwehren, war erst am gleichen Mittag als sehr willkommenen Vorwand in seine Hände gelangt! Im weiteren Verlauf der Sitzung legte Radek Wert darauf, zu betonen, daß sich diese Erklärung nur auf die vergangenen Handlungen der Sozialrevolutionäre beziehe, nicht aber auf etwa noch kommende Taten und Prozesse gegen Mitglieder dieser Partei, da diese nach wie vor den offenen Kampf gegen die Sowjetmacht proklamieren. Diese Mitteilung Radeks wurde von den übrigen Kommissionsmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Aus all dem geht hervor, daß die Dritte Internationale sich feierlich dafür verbürgt hatte, daß keine Todesurteile gegen die Sozialrevolutionäre gefällt werden würden. Wenn nun ausgerechnet Radek im Moskauer Prozeß für die Verhängung von Todesstrafen eintritt, so ist dies wohl der Gipfel der Besinnungslosigkeit.

Der hier beabsichtigte Wortbruch ist übrigens von langer Hand planmäßig vorbereitet worden. Es ist nämlich höchst auffallend, daß die unmittelbar vor der Sprengung des Neumerkomitees von der Moskauer Delegation (lies: Radek) überreichte Antwort auf die Erklärung der Zweiten Internationale mit den Worten schließt:

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale beauftragt uns, zum Schluß zu erklären, daß, falls auch — entgegen unserem Wunsch — der Zweite Internationale es gelingen würde, den Beschluß der Berliner Konferenz über die schleunigste Einberufung eines Weltarbeitertages zu sabotieren, trotzdem die für den

Dann heiratete er. Nach drei Jahren mochte derselbe Freund:

„Eigentlich wäre es an der Zeit, daß Sie sich Kinder anschaffen —“ Er sah kaum von seinen Akten auf, überlegte einen Augenblick, fragte etwas peinlich berührt: „Kann man das nicht schriftlich machen?“

Mit dem neuen Regime (er hatte sich, natürlich schriftlich, auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt) war er ziemlich einverstanden, denn es galt eine Fülle neuer Verfügungen zu schaffen. Nur daß ihm einmal sein sozialistischer Ressortminister sechs Ausführungsparagrafen und drei Hinweise auf ein preußisches Landgesetz von 1786 weggestrichen hatte, konnte er nie erwinden.

Vielleicht starb er auch aus Gram daran so früh. Sein totes Antlitz trug in den Jügen eine bittere Leidensfalte. Böswillige behaupten, das wäre daher gekommen, daß sein Tod so gänzlich unvorsichtsmäßig sich eingestellt hatte, er ihn nicht schriftlich hatte besorgen können.

Ein achtungsvoll umfangreiches Trauergeleit brachte ihn zu Grabe. Nur der bewußte Freund fehlte. Er wußte, was dem Toten am liebsten war. Er schickte nur einen Kranz und drückte sein herzlichstes Beileid aus — schriftlich.

Der alte Kapp. Der Tod Wolfgang Kapps läßt die Erinnerung an seinen Vater wieder wach werden, zumal in einer Zeit, da sich so viele halbzerrissene Bande zwischen dem Deutschamerikanertum und der alten Heimat aufs neue knüpfen. Denn Friedrich Kapp war seit dem Jahr 1849, da er als Teilnehmer am Frankfurter Septemberaufstand aus Deutschland flüchtete, bis zu seiner Rückkehr in das neugegründete Reich eine der angesehensten und einflussreichsten Persönlichkeiten des amerikanischen Deutschertums, und er ist zugleich der kenntnisreichste, eifrige und charaktervolle Historiker des deutschen Lebens in der Union gewesen. So hat er Lebensbilder der um die amerikanische Freiheit verdienten deutschen Heerführer Steuben und Korb und des Deutschamerikaners Justus Grich Bollmann entworfen, und hat die Beziehungen Friedrichs II. zu den Vereinigten Staaten, den „Goldbodenhandel deutscher Fürsten nach Amerika“, die „Geschichte der deutschen Einwanderung in Amerika“ und der „Deutschen im Staat New York während des 18. Jahrhunderts“ behandelt. Mit großem Weiblich wandte er schon früh sein Interesse der Sklaventrage zu, deren Geschichte er in den fünfziger Jahren schrieb. Erst in seiner letzten Lebenszeit richtete sich die Teilnahme des Historikers Kapp von den deutsch-amerikanischen Beziehungen auf einen anderen Gegenstand; das Ergebnis war die große „Geschichte des deutschen Buchhandels“.

Nach seiner Flucht war Kapp zunächst in Paris und Genf Exzezier im Hause Alexander Herzogs gewesen, von dessen ersten aufsehenerregenden Werken er die ursprünglich anonyme und in deutscher Sprache erschienene Ausgabe besorgte. In Amerika unterstützte er die republikanische Partei und zählte zu den Elektronen Abraham Lincolns. Auch nach seiner Rückkehr in die Heimat wurde er bald Mitglied des Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses; er gehörte hier zunächst der Nationalliberalen Partei an,

Prozeß der Sozialistenrevolutionäre von der Sowjetregierung gegebene Verteidigungsfreiheit nicht geschmälert und dem Wirken der Verteidiger der Sozialistenrevolutionäre, dem öffentlichen Charakter des Prozesses keine Hindernisse bereitet werden.

Wie man sieht, wurde die Zusage der Verteidigungsfreiheit, der Zulassung von sozialrevolutionären Verteidigern und des öffentlichen Charakters der Verhandlungen damit erneuert, nicht aber die der Ausschließung von Todesurteilen. Den übrigen Kommissionsmitgliedern mit europäischer Mentalität ist diese Lücke damals wohl nicht besonders aufgefallen, außerdem handelte es sich um eine langatmige und einseitige Erklärung Moskauer, die eine Erwiderung nicht lohnte. Jetzt aber erkennt man, daß diese Nichterwähnung der Frage der Todesurteile offenbar auf Absicht beruhte. Sowjetrussische Geistesverfassung.

Die Rede Vanderveldes verboten.

Was man im übrigen in Sowjetrussien unter der zugesicherten Öffentlichkeit des Moskauer Prozesses versteht, geht aus folgender Meldung hervor:

Warschau, 14. Juni. (AP.) Von Krasien, die den Sozialrevolutionären nahesteht, wurde die von Vandervelde gehaltene Rede in russischer Sprache im Wortlaut durch Flugblätter verbreitet. Die Moskauer Polizei hat einen Teil dieser Flugblätter konfisziert, den anderen Teil gelang es jedoch unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Lenins Stellvertreter.

Lenin ist, wie die „Freiheit“ mittelst, gezwungen, infolge seiner schweren Erkrankung Moskau auf ungefähr ein halbes Jahr zu verlassen und sich jeder Einmischung in die Staatsgeschäfte zu enthalten. An seine Stelle wurde vom Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei ein dreigliedriges Komitee ernannt, dem Stalin, Kamenew und Rykow angehören. Stalin ist ein georgischer Bolschewist türkischer Nationalität. Er ist ein Mann mit festem Charakter, mit „einer eisernen Faust“, gegenwärtig Generalsekretär des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei. Gleichzeitig ist er auch als Volkskommissar für die Nationalitäten tätig. Kamenew ist der Präsident des Moskauer Sowjets und gilt als liberal. Rykow war Präsident des Obersten Volkswirtschaftsrates und seinerzeit einer der ersten, der die sogenannte neue Wirtschaftspolitik befürwortete. Er gilt ebenfalls als liberal, ist aber kein Mann von Leidenschaft.

Es ist anzunehmen, daß von diesen drei Männern die tatsächliche Führung in den Händen von Kamenew liegen wird. Bezüglich ist es, daß Trotzky nicht in dieses Dreier-Komitee einbezogen worden ist, was wahrscheinlich auf die Tatsache zurückzuführen werden muß, daß Trotzky innerhalb der Kommunistischen Partei sehr unbeliebt ist.

Die Ernennung dieses Dreier-Komitees ist keine offizielle Regierungsernennung, sondern lediglich inoffiziell durch die Kommunistische Partei erfolgt. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß von diesem „Regierungswechsel“ überhaupt nichts in den russischen Zeitungen gemeldet wird.

Die Reichstagsarbeit.

Der Aeltestenrat des Reichstages setzte am Mittwoch in Anwesenheit des Reichstanzlers Dr. Wirth und der Minister Dr. Braun, Rabbruch und Fehr den Geschäftsplan der Plenarsitzungen für die nächste Zeit fest. Am Freitag sollen neben kleineren Vorlagen die Zwangsanleihe und die aus dem Hause wegen Abänderung des Einkommensteuer- und des Erbschaftsteuergesetzes gestellten Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie werden voraussichtlich die große politische Debatte über die Zusammenfassung mit der Ratifizierung des Wiesbadener und der daran sich anschließenden Abkommen erst am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche erfolgen. Am Sonnabend dieser Woche soll die Schlichtungsordnung und das Disziplinalgesetz für die Wehrmacht und am Montag das Gesetz über die Getreideumlage erledigt werden.

Auf Anfrage des Präsidenten Benjamen Löbe an den Reichstanzler wegen Vorlegung des Gesetzes über Maßnahmen zur Vinderung der Not der Presse erklärte der Reichstanzler, daß dieses Gesetz heute im Kabinett zur Beratung steht und daß es in den ersten Tagen der nächsten Woche dem Reichstag zugehen wird.

Derer Führer Pastor er in der Berliner Synagoge eine glänzende Gedächtnisfeier hielt, macht dann die Exzeption mit und schloß sich der Deutschen Freisinnigen Partei an. Er starb, 60 Jahre alt, am 27. Oktober 1884 in Berlin.

In den beiden Generationen dieses Vaters und Sohnes ist die Entwicklung des deutschen Bürgertums typisch verkörpert: der Vater Republikaner, Revolutionsmann, zum Schluß Freisinniger, der Sohn Monarchist, Putschist, „deutschnational“.

Das Sommertheater im Grünen. Die wirklich gute alte Einrichtung, an schönen Sommerabenden im Garten Theater zu spielen, ist in Berlin noch nicht ganz ausgestorben. Das Prater-Theater in der Kastanienallee gibt dem Sommer, was dem Sommer gehört. Man sitzt unter wohlbelaubten großen Bäumen, spürt die Frische der Natur und kann dazu mannigfaltige Unterhaltung genießen. Keine Musikdarbietungen wechseln mit Tanzquartetten, Grotesknummern, einer derben Pötte „Hotie Hüh“ ab. Und dann dirigiert Viktor Solander seine immer noch hörens- und sehenswerte Operette: „Die Prinzessin vom Ritt“, die in recht guter Ausstattung und vorzüglicher Besetzung musikalisch und berlinisch-witzig erzieht. Frith Arco vom Neuen Operetten-Theater ist der Star, der der Prinzessin (viel) holde Wirklichkeit verleiht. Für den nötigen Berliner Humor sorgt Alfred Walters. Anno Christi (als stimmgebender Liebhaber), Grete Hoffmann (als urkomische alte Schachtel), Margot Schwarz (als raffige Kröte aus Berlin SW.) und Rolf Röder (als mederender Graf) bilden ein lustiges Ensemble. Für den Freund stillerer Genüsse ist auch gesorgt, er setzt sich in angemessener Entfernung von der Bühne, also die Musik nur noch zum Träumen und die grünen Wipfel zum Naturgenuß einladen.

Der Regenwurm als Baumbewohner. Auf Java gibt es Regenwürmer, die wahre Riesen ihrer Gattung sind; sie werden bis zu 30 Zentimeter lang und haben eine Dicke von 1 1/2 Zentimeter. Das Merkwürdigste an diesem Regenwurm ist aber, wie in „Reclams Unterzum“ berichtet wird, die Tatsache, daß er hauptsächlich auf Bäumen lebt, und zwar hat er sich die prachtvollen Nestsarne zur Wohnung ausertoren, die zu den schönsten Fäden des Urwaldes gehören und als Schornöhre auf den Baumstämmen wuchern. Im Innern der breiten Blattfränze dieser Farnen sammelt sich mit der Zeit von herabfallenden Baumblättern eine Humusschicht, in der die Riesenregenwürmer mit Beagun ihre Häuslichkeit einrichten. Wie die Würmer dorthin gelangt sind, ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Man nimmt an, daß die Tiere zwischen dem Moos und Flechtenfilz, der die Stämme überwuchert, bis zu ihrer lustigen Wohnung emporkriechen; es ist aber auch möglich, daß die Eier des Regenwurms von anderen Tieren hinaufgeschleppt werden. Genaueres ist bisher über die Lebensweise dieses baumbewohnenden Regenwurms noch nicht bekannt.

Die Cyvette im Schaulusthaus. Die „mit Recht so hübsche“ Cyvette wird im Juli auch ins Schaulusthaus emigrieren. Die beiden Nachbarn sollen dort ihre Kräfte erheben lassen, denn ihr Komponist W. Bachmeider hat das Haus gepachtet. — Konnte das Schaulusthaus nicht einen eigenen Bezirk aufmachen?

Kleiner Dollarrückgang.

Die Erklärung der Regierung, daß sie vorläufig einer weiteren Entwertung der Mark vorbeugen werde, rief an der heutigen Berliner Börse ein stärkeres Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Der Dollar, der am Vormittag mit 317 gehandelt wurde, ging bis zur Mittagsstunde auf 308 zurück. Die Aufwärtsbewegung der österreichischen Kronennote setzte sich unter dem Eindruck der Pariser Meldungen über eine Frankenanleihe weiter fort. Die Krone erreichte einen Kurs von 2,17%. Das entspricht einem Stand von etwa 46. Am Effektenmarkt war die Stimmung sehr flau und das Geschäft gering. Es überwiegen die Kursabschwüchungen.

Deutschlands Reparationsschuld.

25 Goldmilliarden.

Paris, 14. Juni. (WZB.) „Pest Parisien“ tritt den in einigen Blättern veröffentlichten Behauptungen entgegen, daß das Anleihekomitee nicht nur eine Herabsetzung der deutschen Schuld vorgeschlagen, sondern auch dafür Ziffern genannt habe, die für Frankreich völlig unannehmbar seien. Behauptungen dieser Art würden von autoritativer Seite aufs energischste bestritten. Alle Zahlen, die von dem Bankenausschuß wenigstens in den offiziellen Sitzungen genannt worden seien, seien von der Hypothese abhängig, daß die Schuld Deutschlands nicht vermindert werde. Allerdings sei es möglich, daß außerhalb der offiziellen Sitzungen in offiziellen Anträgen auch genaue Ziffern für die Begrenzung der deutschen Schuld genannt worden seien, und es sei möglich, daß die Bankiers ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben hätten, daß die deutsche Schuld 25 Milliarden nicht überschreiten dürfe.

Paris, 14. Juni. (WZB.) Ein Berichterstatter des „Intransigent“ will von einer hochstehenden Persönlichkeit aus alliierten Kreisen, die nach ihm sowohl mit der Reparationskommission als auch mit dem Anleiheauschuß in Fühlung gestanden hat, Erklärungen erhalten haben, nach denen sich der Anleiheauschuß von folgenden Erwägungen leiten ließ: Der Versailler Friedensvertrag hat aus Mangel an bestimmten Unterlagen zu einem Zeitpunkt großer Unsicherheit die Ansprüche der Gläubiger Deutschlands in Höhe der materiellen Schäden und der Pensionen festgesetzt. Daneben enthält der Vertrag eine andere Bestimmung, aus der hervorgeht, daß für die Festlegung der deutschen Schulden weniger die Ziffer der Schäden und der Pensionen maßgebend ist als vielmehr die jährliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die von der Reparationskommission auf 3 bis 3,5 Milliarden geschätzt wird. Wie fast immer bei einer finanziellen Panik werden die einzelnen durch ihren Egoismus veranlaßt, ihre Kapitalien im Ausland in Sicherheit zu bringen. Das wirksamste Mittel, sie wieder hereinzuholen, sei die Befestigung der Panik und die Wiederherstellung des Vertrauens und die Festigung des Kredits. So kam der Anleiheauschuß zu der Alternative, entweder den gegenwärtigen Zustand mit seinen Hoffnungen und Enttäuschungen einfach fortbestehen zu lassen oder die deutschen Schulden mittels Herabsetzung in eine Handhabung umzuwandeln und so den deutschen Kredit mit dauernder Wirkung zu heben. Der Umfang der Herabsetzung sollte selbstverständlich in Beziehung zu dem sogenannten Ausgleich der interalliierten Schulden stehen. Das Blatt schließt diesen Ausführungen voraus, daß sie nicht den französischen Standpunkt wiedergeben.

Eine kleine Anleihe für Deutschland.

Das Garantiekomitee wird, wie die „Dema“ erfährt, der deutschen Regierung einen Vorschlag der Reparationskommission bezüglich der Verhandlungen über die Aufnahme einer kleinen Anleihe überbringen. Nach diesem Vorschlag soll bis zur Regelung der großen Deutschland zu gewährenden internationalen Anleihe eine kleine Anleihe für Deutschland aufgenommen werden, die zunächst über die Zahlungsschwierigkeiten des laufenden Reparationsjahres hinweghilft und somit einem weiteren Sinken des Marktkurses vorbeugt. Als Garantie für diese Anleihe sollen die Guthaben Deutschlands in Amerika dienen. Diese werden in Paris auf etwa 750 Millionen Dollars geschätzt, so daß die Anleihe immerhin etwa 3 Milliarden Goldmark erbringen könnte. Die Vorauszahlung für diese Anleihe wäre naturgemäß die Innehaltung der Verpflichtungen, die die deutsche Regierung im Brabury-Abkommen eingegangen ist. Das Garantiekomitee wird deshalb in den Verhandlungen mit der Regierung zunächst die diesbezügliche Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zu prüfen haben.

Poincaré spricht am Freitag.

Paris, 14. Juni. (WZB.) Die bereits angekündigte Reparationsdebatte in der Kammer wird am Freitag, den 30. Juni, stattfinden. Poincaré hat gestern den Brief Lardoux, in dem dieser seine Interpellation ankündigte, dahin beantwortet, daß er die Absicht habe, die verschiedenen Interpellationen über die Fragen der internationalen Anleihe und anderer mit der Reparationsfrage zusammenhängenden Dinge unmittelbar im Anschluß an die Interpellation über Tunis zu beantworten.

Oesterreichs Verzweiflungskampf.

Wien, 14. Juni. (WZB.) In der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Wiens unter Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise einen Aufruf zu massenhafter Beteiligung des arbeitenden Volkes an Versammlungen am nächsten Freitag abend, in denen die Forderungen der Arbeiterschaft an die Regierung erhoben werden sollen. Den Versammlungen werde eine Resolution vorgelegt werden, in der es heißt: Die Gefahr des Ausbruchs von Verzweiflungsummäuten in der Arbeiterschaft naht. Die Versammlung macht die Regierung, die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien nachdrücklich darauf aufmerksam, daß die Lage der Massen nachdrücklich darauf aufmerksam, ihre Geduld zu Ende ist und alle Wahnungen der Vertrauensmänner zur Besonnenheit schließlich an der Verzweiflung und Erbitterung der Massen abzurufen drohen, wenn nicht schleunigst der Entwertung des Geldes Schranken gesetzt werden.

Seit anderhalb Jahren, heißt es in der Resolution weiter, hält uns die Entente mit unerfüllten Kreditversprechungen hin. Kann und will die Welt uns nicht helfen, dann kann sie uns auch nicht daran hindern, in Deutschland Hilfe zu suchen. Die Arbeiterschaft ist bereit, im Falle des Scheiterns der gegenwärtigen Kreditverhandlungen den Kampf um den wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland aufzunehmen.

Berlin als sterbender Kurort.

Schon vor dem Kriege war solchen Berlinern, die nicht über viel Geld verfügten und deshalb während der damals noch sorg bemessenen, fast ganz vom guten Willen des Arbeitgebers abhängigen Urlaubszeit ihr Sehnen nach einer wald- und wasserumkränzten Sommerfrische oder gar nach Gebirge und See nicht befriedigen konnten, ein Kurort im großen Berlin außerhalb seiner Häusermauern ermöglicht.

Das große und doch so einfache Geheimnis der wirklichen Erholung war immer: solide leben, früh schlafen gehen, früh aufstehen, rationell spazieren laufen, dazu Milch und andere Naturheilmittel trinken. Und das konnte man ganz gut auch in Berlin durchführen, wenn man in früher Morgenstunde eine der dann idyllisch ruhigen und auch staubfreien großen Parkanlagen aufsuchte, hier an einem der schon von 6 Uhr früh an geöffneten Kurpavillons ganz kurgemäß frische Milch oder einen auf Flaschen gefüllten heilkräftigen natürlichen Mineralbrunnen trank und den übrigen Tag nach einer kurzen Eisenbahnfahrt mit Baden, Rudern, Waldwandern oder beschaulicher Siebta verbrachte. Schöneberg hatte eine regelrechte Kur- und Brunnenpromenade in seinem vor dem Kriege neu angelegten Stadtpark eingerichtet, ebenso Pantow im Bürgerpark, Berlin im Viktoriapark und im Treptower Park. Nach Bedarf und Gefallen, oft auf ärztliche Anordnung, tranken die „Stiegenden Kurgäste“ hier ihre Marienbader oder Karlsbader Brunnen. Auch der ganz in der Nähe Berlins aus der Erde wachsende ausgezeichnete Müschhorster Mark-Sprudel war vertreten. Denen mit schwachem Magen wurde der Trank des Heils sogar warm oder lauwarm in Kurflaschen mit trummern Hölzern gereicht.

Vieles auch davon hat der Krieg zersplittert. Der Preis der Milch ist auf das Fünffache gestiegen. Die meisten Mineralbrunnen haben den Flaschenverkauf wegen der ungeheuren Kosten eingestellt oder kommen damit nur ganz langsam wieder vorwärts. Wasser kostet ja nichts, heißt es. Da müsse glänzend verdient werden. Ach nein, so liegt die Sache nicht. Heute kostet schon die leere Literflasche 8 Mark, ein guter Korke 2 Mark. Rechnet man noch die übrigen Unkosten und die hohen Frachten hinzu, so kann eine frische Mineralbrunnen, die man früher für 1 Mark erhielt, noch nicht einmal für 20 Mark verkauft werden. Das ist dem, der nicht alle seine Hoffnung auf solches Getränk setzt, zu teuer. Schade drum!

Straßenbahnanhängertwagen als Raucherwagen.

Während in anderen Städten, z. B. Hamburg, schon seit Jahren die Anhänger der Straßenbahn allgemein für Raucher freigegeben sind, war dies in Berlin nicht der Fall. In ihrer letzten Sitzung hat die Verkehrsdeputation eine grundsätzliche Regelung getroffen, die sämtliche Anhänger zu Rauchern macht. Es ist hierbei nicht ausgeschlossen, daß diese Regelung auch im Winter beibehalten wird, wenn sich Witterungsbedingungen das Rauchen gestattet.

Spielergesellschaft „Goldhähnchen“.

Aushebung eines lange gesuchten Spielklubs.

Eine gemischte Spielergesellschaft, die unter dem Namen Partie Goldhähnchen, in weiten Kreisen bekannt war, beschäftigte schon lange das Spielerbegehrte des Polizeipräsidiums, ohne daß es dem Dezernat gelingen wollte, sie zu fassen. Alle möglichen und unmöglichen Klubs wurden im Laufe der Zeit von den Beamten übertrast und aufgelöst, nur der Goldhähnchen-Klub war nirgends zu finden. Man suchte wohl, daß an der Spitze der „Partie“ eine Frau Margarete Goldhähn stand, konnte aber nicht dahinterkommen, wo sie ihre Spielabende veranstaltete. Durch langwierige Nachforschungen und Beobachtungen stellten die Beamten fest, daß die Spieler regelmäßig durch drei Clappen ihrem Ziele zugeführt wurden. Die erste waren Lokale der Lebewelt, in denen Schlemper sie für das „Goldhähnchen“ abfingen. Von dort aus wurden sie an einen vorher bestimmten Platz geleitet, von dem aus es wieder vorwärts im Einzel- oder Gruppenmarsch nach einer anderen Stelle ging. Hier stand endlich ein Auto bereit, das die Spieler zum noch irgendeiner eleganten Privatwohnung brachte, die der Frau Goldhähn zu Spielzwecken für einen Abend eingeräumt worden war. In ihrer eigenen Wohnung ließ die vorfichtige Dame niemals spielen. Zwar hatte sie, die in der Lebewelt zu Hause und auf Remm- und anderen Sportplätzen ständiger Gast war, oft auch Besuch bei sich, aber hier wurde keine Karte angeführt. Um so strenger ließ das „Goldhähnchen“ nicht nur an verborgenen Stellen in Groß-Berlin, sondern auch in den Bädern spielen. Die Spielgeräte standen, wenn sie nicht benutzt wurden, in einer großen Ledertasche an einem neutralen Orte. Von hier wurden sie jedesmal von einem Beauftragten abgeholt. Endlich gelang es den Beamten, dieses Versteck zu ermitteln. Als am Dienstag nachmittags ein Mann mit einem Auto vorgefahren kam und die Tasche abholte, konnten die Beamten unauffällig in einem zweiten Wagen folgen und kamen so auch an das Ziel der geheimnisvollen Tasche, diesmal eine Wohnung in der Garmer Straße. Hier drangen sie spät abends ein und überraschten die Spieler, die bereits verammelt und beim Spiel waren. 25 Personen mußten den Weg zur Wache antreten. Frau Goldhähn selbst war nicht da; sie hatte einen anderen mit der Spielendung beauftragt. Einige Saße Bargeld, darunter auch Laufendmarktscheine, und die Spielgeräte wurden beschlagnahmt. Die Feststellung der Persönlichkeiten ergab, daß neben dem Herrn „Baron“ und Damen verschiedener Gesellschaftstreffen, auch der Portofalken-Kavallerie am Spieltisch gesessen hatte. In der gleichen Nacht haben die Beamten des Sonderdezernats im Westen auch noch einen Damenpielklub auf, der nur Damen zuließ.

Redende Zahlen.

Berlin gibt aus über 400 Millionen für seine Gemeindeschulen, über 300 Millionen für die höheren Schulen, über 98 Millionen für Irrenanstalten, über 62 Millionen für allgemeine Wohlfahrtszwecke — und sollte noch nicht eine Million für seine Volkshochschule übrig haben, deren Einrichtungen mehr Menschen zugute kommen als die höheren Schulen und Irrenanstalten zusammengenommen? 20 Pfennige sollte nicht jeder Berliner für die Bildungsstätte des werktätigen Volkes von Groß-Berlin opfern dürfen, wenn jeder 40 M. für die Erhaltung der höheren Lehranstalten besteuern muß?

Der Schulkstreik gegen den prügelnden Lehrer.

Zu dem Schulkstreik an der weltlichen Schule in Adlershof, der auf die Beseitigung des durch Prügelereien mitleidig gemordeten Lehrers Großmann abzielt, nahm eine gut besuchte Elternversammlung erneut Stellung. Mitgeteilt wurde, daß von der Zahl 200 Kindern der fünf bestrittenen Klassen, in denen Lehrer Großmann unterrichtet, nur noch durchschnittlich 10 Kinder in die Schule geschickt werden. Das Provinzialschulkollegium fordert, daß die Elternschaft den Streik bedingungslos abbricht, ohne daß vorher Verhandlungen aufgenommen werden. Die versammelten Eltern beschloßen einstimmig, dem Provinzialschulkollegium zu antworten, daß sie den Streik nicht abbrechen können. Es sei keine Gewähr geboten, daß Lehrer Großmann von der Schule verjagt wird, die Elternschaft wolle ihm aber keinesfalls ihre Kinder noch anvertrauen. Die drei Linksparteien wollen in der nächsten Woche eine öffentliche Versammlung einberufen, um die Bevölkerung Adlershofs über die

Ursachen des Streiks aufzuklären. Auch will die Elternschaft die Landtagsfraktionen der drei Parteien informieren. In der Versammlung wurde betont, daß die Elternschaft gegen keinen anderen Lehrer der Schule etwas einwendet. Eine Resolution sprach dem Rektor Schmalz Vertrauen und Dank für seine selbstlose Arbeit beim Auf- und Ausbau der weltlichen Schule aus.

Ein Jungfrauenverein nimmt Vergerniß.

Auf Grund einer, wie behauptet wird, von einem Jungfrauenverein ausgegangenen Strafanzeige wegen Erregung öffentlichen Vergernisses ist gegen die Direktoren Heppner und Koffert von dem „Intimen Theater“ in der Bülowstraße ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, das sich vermutlich zu einem neuen kleinen „Reigen“-Prozess ausgestalten wird. Es handelt sich um die Grotteske „Auf doch nicht immer nach herum“, die bereits über hundertmal gegeben worden ist und auch noch jetzt allabendlich gespielt wird, ohne daß irgendwelche Zwischenfälle im Theater erfolgt sind. Von den Angeklagten wird auf das entschiedenste gegen die in der Anzeige aufgestellte Behauptung, daß das Stück irgendwie anstößig sei, protestiert und darauf hingewiesen, daß erst kürzlich die 7. Zivilkammer des Landgerichts I in einem Zivilprozess einen Lokalkonflikt in dem Theater selbst abgehandelt habe und in dem zugunsten der Direktion gefällten Urteil ausdrücklich anerkannt habe, daß das Stück zwar hart bis an die Grenze des Erlaubten gehe, das rein komische aber das sexuelle Moment überwiege. Außerdem sei es unmöglich, Anstoß zu nehmen, wenn jemand in der Absicht, sich lässlich zu entäußern, erst in ein Theater gehe, wie dies scheinbar von den Angeklagten getan worden sei. Die Mehrzahl der Berliner Theater würde sonst genötigt sein, am Eingange ein Plakat des Inhalts auszuhängen, daß den Mitgliedern von Jungfrauenvereinen und den Vereinen christlicher junger Männer der Eintritt bei Androhung der Bestrafung wegen Hausfriedensbruch verboten werde, um der Sittlichkeitschänderei endlich ein Ende zu bereiten.

90 Millionen neue Eisenbahnfahrkarten werden zum 1. Juli für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen neu gedruckt und die alten überstempelter Fahrkarten eingezogen werden. Der neue Zonenkartensystem bedingt diese Maßnahmen. Für die Stadt- und Ringbahn gibt es nur noch 3-Mark- und 4-Mark-Fahrkarten, die auf der ganzen Stadt- und Ringbahn gelten. Die Vorortbahnenarten erhalten als Ausdruck Anfang- und Zielstation der Zone. Der Umlauf alter Karten erfolgt bis Ende August. Die Zeitkarten werden nicht mehr für mehrere Strecken (sog. Mitbenutzungstrecken) ausgegeben, dagegen sollen Zeitkarten für mehrere Strecken gültig mit Ausschlag eingeführt werden, z. B. Wannsee—Potsdamer Bahnhof, Wannsee—Berliner Stadtbahn.

Arbeiter und Angestellte in der preussischen Städte- und Landgemeinverordneten. Genosse Otto Hausherr, Mitglied des Hauptvorstandes des Zentralverbandes der Angestellten fordert in Nr. 25 der „Kommunalen Praxis“, daß bei der Reform der preussischen Städte- und Landgemeinverordneten die Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten bei den Gemeindevorständen geregelt werden. Hausherr bezeichnet die in § 122 des sächsischen Gemeindegesetzes getroffene Regelung als nicht ganz befriedigend. Der genannte Paragraph besagt, daß die Dienst- und Arbeitsverhältnisse der in der Gemeindeverwaltung dauernd beschäftigten Angestellten und Arbeiter, die nicht Beamte sind, im Einvernehmen mit geordneten Vertretungen der Angestellten und Arbeiter zu regeln wären. Hausherr meint, daß vielmehr gefordert werden müsse, daß die Dienst- und Arbeitsverhältnisse dieses Personals durch Tarifverträge mit den zuständigen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer festzulegen sind. In alle Gemeindeordnungen sollten entsprechende Bestimmungen aufgenommen, zunächst aber der preussische Entwurf vervollständigt werden.

Der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften e. V. teilt uns zu der in Nr. 205 unseres Blattes vom 8. Juni enthaltenen Verlautbarung des amtlichen preussischen Pressedienstes über die Abholungen im Norden Berlins mit, daß die dort beteiligte Gesellschaft keine Wohnungsfürsorge-Gesellschaft ist, sondern eine Kreisfiedlungsgesellschaft ist. Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften sind in den vergangenen Jahren die Verwalter des von der Preussischen Forstverwaltung für gemeinnützige Bautätigkeit zur Verfügung gestellten Siedlungsholzes gewesen und haben somit eine treuhänderische Tätigkeit ausgeübt.

Eine unübliche Einfuhrerlaubnis. Die Reichsregierung hat das bisherige Einfuhrverbot für Bananen aufgehoben. Die ersten Bananen sind eingetroffen und kosten 10 bis 12 Mark das Stück. So nahrhaft reife Bananen sind, kommen sie bei diesem Preis für die minderbemittelte Bevölkerung überhaupt nicht in Frage und dienen also nur dem Gaumentzettel der Reichen.

Orchesterkonzert arbeitsloser Berufsmänner. Die Arbeitslosigkeit unter Berufsmännern Berlins ist groß. Hervorgehoben wird sie in erster Linie durch das Ueberhandnehmen des gemerblichen Misserfolgs der in Diensten des Reichs, Staats oder der Kommune stehenden Beamten. In ihrem schweren Kampfe gegen diese unberechtigten Konkurrenz haben sich jetzt arbeitslose Kollegen des Deutschen Musiker-Verbandes zu einem Orchester zusammengefunden und wollen so den Versuch wagen, zu Verdienst zu kommen. Dieses unter Leitung des Musikdirektors Richard Ritter stehende Orchester gibt am Donnerstag, den 15. Juni d. J., in der Brauerei Böhm, Prenzlauer Allee, sein Eintrittskonzert, dessen Besuch der musizierenden Bevölkerung empfohlen wird.

Ein Jugendfest zum Besten der Schülerwunderrunden findet am Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Lichtbergsee Stadion, Herzbergstr. 81, statt. Etwa 3000 Schülern der Verwaltungszweigs Lichtberg werden Festangangsübungen, Volkstänze, turnerische Vorführungen und einen Märchenfestzug darbieten.

Der Reußländer Sängerkorps, 90 Mitglieder stark, Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes, veranstaltet erstmalig am Donnerstag, den 15. Juni, im Körnerpark zu Reußlin ein Volkskonzert.

Sport.

Reich gewinnt das Goldene Rad. Die am Sonntag verregneten Nachkommen um das Goldene Rad kamen gestern auf die Olympiastraße bei schönem Wetter und gutem Verlauf zur Entfaltung. Der bekannte Radfahrer Hans Opel führte die fünf Räder der Reiche auf die 100-Kilometer-Marke. Reich übernahm in seinem Tempo die Führung vor Krupat, Lemanow, Bauer und Stellbrin. Aber schon in den ersten zehn Runden setzte Lemanow Dampf auf und ging in blinder Fahrt an Krupat und Reich vorbei. Auch Bauer arbeitete sich bis auf den zweiten Platz empor. Krupat und Stellbrin dagegen gelangten immer mehr ins Hintertreffen. Zu der 96. Runde erleidet der führende Lemanow Reiferschaden, wodurch er bis auf den letzten Platz zurückfällt. Bauer übernimmt und Reich erlangt dadurch wieder mühelos die Spitze. Lemanow gibt sich jedoch noch nicht geschlagen, holt Stellbrin und Krupat und nimmt die Verfolgung seiner beiden schärlichen Gegner, Bauer und Reich, mit unverminderter Kraft auf. Auch die letzten fünf Runden sind Lemanow erlangt dadurch abemals die sichere Führung. Infolge weiterer Reiferschaden geht nun die Führung abwechselnd von einem auf den anderen der drei Klanten über. Kurz vor Schluß des Rennens behält dann Reich endlich das bessere Rad für sich vor Bauer. Lemanows Rad ist völlig erschöpft, so daß er sogar Krupat noch den Vorrang erträumen muß. Das kleine Goldene Rad über 100 Kilometer war eine gute Sache für Reußmann. Obwohl Schreffeld durch wiederholte Angriffe fast auf das Tempo brach, hatte Reußmann das Rennen doch fast sicher. Radel, Schönborn und Schmal stellen keine ernst zu nehmenden Gegner. Ergebnisse: Grobes Goldenes Rad, 100 Kilometer: 1. Reich 1 Std. 20 Min. 37, Schönborn 2. Bauer 1 Std. 20 Min. 37, Krupat 1 Std. 20 Min. 37, Stellbrin 1 Std. 20 Min. 37, Reußmann 4 Std. 20 Min. 37, Schreffeld 70, 2. Schönborn 2 Std. 10 Min. 37, Bauer 100, 3. Bauer 100, 4. Bauer 100, 5. Bauer 100, 6. Bauer 100, 7. Bauer 100, 8. Bauer 100, 9. Bauer 100, 10. Bauer 100.

